



Börner: Nur die Spitze des Eisberges

Sonderlehrveranstaltung „Wir im Visier“ schlägt Wellen
Albigs Bekenntnis zur Bürgerpolizei wird von GdP begrüßt

KIEL. Die Intensität der täglichen Gewalt gegen Polizeibeamte bereitet der Gewerkschaft der Polizei seit Jahren Kopfzerbrechen. So war die GdP auch angetan, als vor einigen Monaten auf Initiative und unter Leitung des Leitenden Polizeidirektors Bernd Lohse eine dienstliche Arbeitsgruppe zu der Problematik ins Leben gerufen wurde. Bei einer Sonderlehrveranstaltung für Führungskräfte Anfang Februar an der FHVD präsentierte die Arbeitsgruppe um Lohse ihre Ergebnisse. Was zunächst als interne Informations- und Diskussionsveranstaltung geplant war, entwickelte sich zu einem Medienereignis, nachdem Ministerpräsident Torsten Albig und Innenminister Andreas Breitner ihren Besuch angekündigt hatten. Wie erwartet standen sie zu Beginn der von Carsten Kock moderierten Veranstaltung auch im Mittelpunkt des Interesses der zahlreich anwesenden Journalisten. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Medienvertreter, aber auch die rund 300 Tagungsteilnehmer aus der Landespolizei mit Landespolizeidirektor Ralf Höhs an der Spitze, den Worten von Ministerpräsident Torsten Albig, der schon mit seiner Anwesenheit die Bedeutung des Themas demonstrativ unterstrich. „Ich bin ein großer Anhänger der Bürgerpolizei“, erklärte der Ministerpräsident. Aber die Entscheidung nach den gewaltsamen Angriffen auf die Polizei in Hamburg, „Gefahrengebiete“ einzurichten, sei zum Schutz von Frauen und Männern, die sich für das Gemeinwohl einsetzten, jedoch richtig gewesen. „Ich hätte genauso entschieden“, stellte Albig fest. Gleichzeitig forderte der Ministerpräsident mehr Respekt gegenüber den Polizeibeamtinnen und -beamten. Gemeinsam mit dem Innenminister werde er der Entwicklung einer gesteigerten Gewalt gegen Polizeibeamte noch stärker entgegengetreten. Vor allem die detaillierten Berichte von zwei Lübecker

Polizeibeamten, die beide Opfer von gewaltsamen Attacken gewesen waren, hatten bei Albig und Breitner ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Schilderungen der beiden 28- und 29-jährigen Schutzpolizisten bezeichnete der Ministerpräsident als „sehr aufwühlend“. „Es erschüttert mich, was da passiert, das war grenzwertig zu erleben“, so Albig. Derartige Fälle müssten von der Staatsanwaltschaft vorrangig behandelt werden. Betroffen zeigte sich der Ministerpräsident, dass eine konkrete Bedrohungslage eines Polizeibeamten sogar zur „Belustigung“ umstehender Passanten geführt habe. Er wisse, dass viele Polizisten ihren Beruf als Berufung empfänden. „Aber das geht so bald verloren“, so die Befürchtung Albigs. Seine Tochter frage ihn, wenn er bei Holstein sei: „Warum ist da Krieg?“, berichtete Torsten Albig. „Und dann weiß ich, was es für Polizisten bedeutet, sich zwischen die Kriegsparteien zu stellen“.

Und auch Innenminister Andreas Breitner (SPD) zeigte sich entschlossen: „Ich akzeptiere keinerlei Rechtfertigung für Gewaltakte gegen Polizeibeamte.“ Breitner wies auf eine „Verrohung der Gesellschaft“ hin. „Mich erschreckt, dass die Hinterhältigkeit offenbar eine neue Qualität gefunden hat“, so Andreas Breitner. Akzeptanz und Respekt gegenüber Polizeibeamten gebe es jedoch nicht auf Knopfdruck, machte der Minister klar. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in diesem Bereich Ver-



Ministerpräsident Torsten Albig (im Gespräch mit Carsten Kock) forderte mehr Respekt gegenüber Polizeibeamtinnen und -beamten.



Die Hinterhältigkeit bei Angriffen gegen Polizisten habe offenbar eine neue Qualität gefunden, zeigte sich Innenminister Andreas Breitner erschrocken. Fotos: Gründemann

änderungen herbeizuführen. Mit der Bildungsministerin wolle er auch über das Phänomen sprechen. „Aber eigentlich müssten wir in die Elternhäuser“, so Andreas Breitner. Der Innenminister machte deutlich: Wer Polizeibeamte angreife, greife den

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Rechtsstaat und die Demokratie an. „Ich akzeptiere keinerlei Rechtfertigung für Gewaltakte gegen Polizeibeamte“, so der SPD-Minister.

Die Ausstattung der Polizeibeamtinnen und -beamten und das Einsatztraining würden am Geld nicht scheitern, versprach Breitner.

„Die Schilderungen der beiden Polizeibeamten haben in erschreckender Weise die von uns immer wieder formulierten Bedenken der GdP bestätigt und sind nur die Spitze des Eisbergs“, stellte der GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner fest. Die detaillierten Ergebnisse der Arbeitsgruppe um Bernd Lohse hätten ihm in beeindruckender Art und Weise sowohl die Schwierigkeiten als auch die unkalku-

lierbaren Gefahren und hohen Belastungen des Polizeiberufs vor Augen geführt.

Rückenstärkung sprach Manfred Börner auch Ministerpräsident Torsten Albig und Innenminister Andreas Breitner für ihre unmissverständlichen Bewertungen aus. „Wir erkennen an, dass mit und als Folge der Sonderlehreveranstaltung der Problematik von Gewalt und Belastung gegen Polizisten nicht nur dienstlich, sondern nun auch politisch ein herausragender Stellenwert beigemessen wird“, so der GdP-Landesvorsitzende. Insbesondere die Ausführungen von betroffenen Polizisten hätten offenbar beim Ministerpräsidenten und beim Innenminister nachdrücklich Wirkung gezeigt, konstatiert Börner. Die GdP habe seit Jahren unermüdlich auf das besorgniserregende Phänomen der physischen wie psychischen Gewalt gegen Polizisten hingewiesen und deshalb auch die vom schleswig-holsteinischen Innenministerium initiierte KFN-Studie maßgeblich unterstützt. Wegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft sei bereits im Jahre 2002 auf Initiative der GdP der „Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizeibeamtinnen und -beamte ins Leben gerufen worden“.

Erfreulich sei von der GdP vor allem Albig's ausdrückliches Bekenntnis zur Bürgerpolizei registriert worden. „In dieser Frage sprechen wir offenbar mit einer Sprache“, ergänzt Börner. Um diesem Anspruch einer Bürgerpolizei gerecht werden zu können, sei jedoch ausreichend Personal unabdingbar, so der GdP-Chef. Inso-

fern werde die GdP in ihren Bemühungen nicht nachlassen, den aktuellen Personalbestand wenigstens zu halten. „Und das, obwohl eigentlich sogar mehr Polizisten benötigt werden“, so Börner weiter.

Mit Blick auf die vielfältigen Gefahren habe auch die bestmögliche Ausrüstung zum Schutz der Ordnungshüter vor Verletzungen im Dienst eine immense Bedeutung. Insofern sei die GdP Innenminister Andreas Breitner dankbar, dass er bei der Veranstaltung in Altenholz entsprechende Zusagen gemacht habe. „Die Vollschutzausrüstung der Kräfte der Einzeldiensthundertschaften der Polizei ist beispielsweise überfällig“, so Börner.

Für diese Kolleginnen und Kollegen müsse bei der Ausstattung derselbe Sicherheitsstandard wie für die Beamtinnen und Beamten der 1. Einsatzhundertschaft in Eutin gelten, stellt Manfred Börner klar.

Irritiert zeigt sich der GdP-Landesvorsitzende über manche Reaktionen von Oppositions- und Grünen-Politikern auf die Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Thematik.

Die Erklärungen Albig's zum Thema „Gefahrengebiete“ seien schlicht die Darstellung der Rechtslage, das habe mit einer Negativ-Belegung des Begriffs „Law-and-Order“ nichts zu tun, unterstrich Börner. Die wissenschaftlich hinterlegten Ergebnisse der KFN-Studie ließen sich durch wirklichkeitsfremde Äußerungen von Grünen und Piraten nicht umkehren.

Thomas Gründemann

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der

Ausgabe 4/2014:
Montag, 3. März 2014



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



KOMMENTAR

Nun ist Innenminister Breitner gefragt

Die Erschwerniszulagenverordnung – ein Kommentar von Manfred Börner

Seit Beginn des Jahres gilt sie nun – die neue Erschwerniszulagenverordnung. Und sie wirbelte in der Landespolizei eine Menge Staub auf. Innenminister Andreas Breitner hatte frühzeitig angekündigt, dass mit der Reform als ersten Schritt zunächst lediglich ein Systemwechsel vollzogen wird. Die neuen Regelungen sollten einfacher und gerechter werden. Mehr Geld würde damit derzeit jedoch nicht verbunden sein. „Es soll gerechter werden“, so der Innenminister wörtlich. Offenbar waren Breitners Ansätze so vorher nicht in die Mitarbeiterschaft getragen worden, denn die Erwartungshaltung bei vielen Kolleginnen und Kollegen war offenbar eine andere. Sie hofften, gleich mit der neuen Verordnung zum 1. Januar 2014 auch merkbare finanzielle Verbesserungen für sich verbuchen zu können. Viele wurden jedoch enttäuscht, meinten sogar benachteiligt zu werden und machten ihrem Unmut Luft. So kursierten unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Erschwernisverordnung unterschiedlichste Berechnungen durch die Landespolizei. Als die Unruhe scheinbar kein Ende finden wollte, wandte sich die GdP an den Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium und bat ihn um klärende Worte.



So waren es dann auch seine Antworten, die dann doch (zumindest vorerst) in weiten Teilen der Landespolizei zur Beruhigung der Gemüter beitragen konnten. Insbesondere die Bestätigung Muhlacks, dass mögliche oder festgestellte Schwachstellen in der neuen Verordnung gegebenenfalls später noch korrigiert werden würden, wird Glauben geschenkt. Und auch seine Auffassung, dass die Zahlung über das morgendliche Schichtende hinaus in den geschilderten Fällen unabhängig vom Zeitpunkt des Schichtwechsels – 6.00, 6.30 oder 7.00 Uhr – gelten müsse, wird von der GdP und dem Hauptpersonalrat der Polizei nicht nur geteilt, sondern auch gefordert. „Die genaue Rechtsauslegung wird zurzeit mit

dem Finanzministerium abgestimmt“, so Jörg Muhlack in der Antwort an die GdP. So weit, so gut! Nun ist jedoch vor allem Innenminister Andreas Breitner gefragt, seinen Worten auf dem GdP-Delegiertentag im November Taten folgen zu lassen und damit den angekündigten zweiten und für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen entscheidenden Schritt bei der Modifizierung der Erschwerniszulagenverordnung zu machen. Fünf Euro pro Stunde lautet die langjährige Forderung der GdP. „Ich will noch in dieser Legislaturperiode für den Bereich der Landespolizei erreichen, dass es eine deutliche Anhebung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten und für die Erschwernisse in besonderen Dienstformen gibt. Das ist nach Jahrzehnten des Stillstandes und der Stagnation überfällig“, hatte der Innenminister in seiner öffentlichen Rede richtigerweise festgestellt.

Dementsprechend wird es Andreas Breitner aushalten müssen, von der GdP bei jeder Gelegenheit an sein Versprechen erinnert zu werden. Denn: Mit dem durch die neue Verordnung erfolgten, mit viel Unruhe verbundenen Systemwechsel als ersten Schritt ist nun der Weg für die vom Innenminister angekündigten Anhebungen geebnet worden.



104 neue Polizeimeister ernannt

Lübeck-Travemünde/tgr – 104 junge Nachwuchspolizisten atmeten kräftig durch: Die 27 Frauen und 77 Männer freuten sich nach einer entbehrungsreichen zweieinhalbjährigen Ausbildungszeit über einen erfolgreichen Abschluss und wurden in Gegenwart von Innenstaatssekretär Bernd Küpperbusch und Landespolizeidirektor Ralf Höhs zu Polizeimeisterinnen und -meistern ernannt. Im Rahmen eines Festaktes im großen Saal des „Maritim Strandhotels“ erhielten die jungen Beamtinnen und Beamten des Mittleren Polizeidiens-tes ihre Ernennungsurkunden und verstärken seit vier Wochen die Dienststellen im Lande.

Zur Freude auch von Bernd Küpperbusch, der mit seiner Gegenwart den Stellenwert der Landespolizei unterstrich und den Abschlussjahrgang verabschiedete. „Nach ungezählten Unterrichtsstunden, zahlreichen Klausuren und Prüfungen, vielen praktischen Übungen und Sportstunden stehen Sie jetzt unmittelbar davor, echte Polizeiarbeit zu leisten. Die Landespolizei freut sich auf junge, gut ausgebildete Polizeibeamte. Seien Sie selbstbewusst und bringen Sie sich ein, um Veränderungen mitzugestalten. Wir brauchen Sie, um zukunftsfähig zu sein“, gab Küpperbusch dem Nachwuchs mit auf den Weg. Neben guten Fachkenntnissen und hoher Motivation sei es als Polizeibeamter vor allem wichtig, einfühlsam und rücksichtsvoll auf Mitmenschen zuzugehen, aber auch gradlinig aufzutreten, so der Staatssekretär. Die neuen Polizeibeamten

setzten die Tradition einer modernen Bürgerpolizei fort. Dabei attestierte Küpperbusch den Ausbildern des Polizei-Nachwuchses eine hervorragende Arbeit. Die schleswig-holsteinische Landespolizei arbeite professionell und engagiert, sei einsatz- und leistungsstark.

Zu den Höhepunkten der Ernennungsfeier, die von der Polizei-Big-Band mit musikalischen Intermezzos begleitet wurde, zählte die Ehrung der Jahrgangsbesten. Dabei wurde Greta Jung eine besondere Auszeichnung zuteil. Die 26-jährige Abiturientin schloss die Ausbildung mit 12,97 Punkten ab und war damit nicht nur die Nummer eins ihres gesamten Ausbildungsjahrganges, sondern erzielte mit ihrer Leistung auch den besten Abschluss aller bisherigen Jahrgänge, wie der Leiter der Fachinspektion Ausbildung, Polizeidirektor Arne Dunka, hervorhob. Mit zehn weiteren Beamtinnen und Beamten schloss Jung die Ausbildung mit der Gesamtnote „gut“ ab. Neben ihr zählten Jessica Dotschadis (11,95), Julian Meier (11,92), Falk Buhl (11,80), Ina Salzbrunn (11,58) sowie Stefanie Mels (11,18), Martin Krüger (11,16), Moritz Krämer (11,16), Andrea Grell (11,14), Isabell Genth (11,13) und Sören Dibbern 11,00 Pkt.) zu den Lehrgangsbesten. Sie erhielten aus den Händen von Jürgen Funk, dem Leiter der PD AFB, ihre Ernennungsurkunden und wurden von Landespolizeidirektor Ralf Höhs mit einem Buchpräsent bedacht.

Von den am 1. August 2011 gestarteten 120 Frauen und Männern hät-

ten nach Angaben Arne Dunkas 104 das Ausbildungsziel erreicht, während zehn Auszubildende (8,06 Prozent) vorzeitig die Segel gestrichen hätten. Der Durchschnittswert der gesamten Ausbildung habe bei 8,99 Punkten gelegen. „Das ist eine respektable Leistung“, wie Dunka konstatierte.

Greta Jung war es auch, die gemeinsam mit Martin Krüger aus Sicht der Auszubildenden die unterschiedlichen Etappen der vergangenen zweieinhalb Jahre mit amüsanten Anekdoten, aber auch mit einem Hauch Wehmut in Erinnerung rief. Vor allem in den fünf Monaten des Praktikums im Einzeldienst seien die Auszubildenden auf den Ernst des künftigen Berufslebens vorbereitet worden. „Da sind wir erstmals mit dem Bürger in Kontakt, aber auch mit Gewalttaten, schweren Verkehrsunfällen und sogar dem Tod sowie mit gewalttätigen Angriffen gegen Polizeibeamte konfrontiert worden“, so die beiden jungen Beamten. Da sei die Rückenstärkung durch die sogenannten „Bärenführer“, erfahrene Streifenpolizisten, die den Nachwuchs während des Praktikums anleiten und begleiten, sehr hilfreich gewesen. „Es war eine nicht immer einfache Zeit, aber wir haben in dieser Zeit auch Freunde fürs Leben kennengelernt und waren gerne ein Teil dieses Jahrgangs“, resümierten Jung und Krüger mit Blick auf ihre Ausbildung.

Thomas Gründemann



Innenstaatssekretär Bernd Küpperbusch appellierte an den Polizeinachwuchs, selbstbewusst, aber auch einfühlsam und rücksichtsvoll auf Mitmenschen einzugehen.



Die Lehrgangsbesten stellten sich zum Gruppenfoto. Von links: Polizeidirektor Arne Dunka, Leitender Polizeidirektor Jürgen Funk, Greta Jung, Jessica Dotschadis, Julian Meier, Falk Buhl, Ina Salzbrunn, Sören Dibbern, Stefanie Mels, Andrea Grell, Martin Krüger, Isabell Genth, Moritz Krämer sowie Landespolizeidirektor Ralf Höhs und Innenstaatssekretär Bernd Küpperbusch
Fotos (2): Gründemann



INTERVIEW

Andrea Funk – die erste uniformierte Polizeidirektorin



Andrea Funk

Foto: Thomas Gründemann

Mit Wirkung vom 1. Januar wurde die Stellvertretende Leiterin der schleswig-holsteinischen Wasserschutzpolizei, Andrea Funk, zur Polizeidirektorin befördert. Damit ist sie die erste Uniformträgerin, die diesen Dienstgrad erreicht. GdP-Landesredakteur Thomas Gründemann befragte Andrea Funk.

Was bedeutet es für Sie persönlich, als erste Frau der Schutz- bzw. Wasserschutzpolizei zur Polizeidirektorin befördert worden zu sein?

Nichts – das klingt zwar hart, aber der Dienstgrad ist doch nur ein äußeres Merkmal. Viel wichtiger ist es, eine verantwortungsvolle und sinnvolle dienstliche Aufgabe zu haben. Mit der Übertragung einer solchen Aufgabe ist die Wertschätzung verbunden, dass die Führung der Landespolizei mir die Bewältigung einer solchen Aufgabe zutraut. Dieses Vertrauen ist das, was mich motiviert und gestärkt hat. Interessant ist auch, unabhängig von mir, die Frage, warum erst fast dreißig Jahre nach Einstellung der ersten Frauen in die Schutzpolizei SH eine Frau diesen Dienstgrad erreicht hat, ... und

dann auch noch eine, die aus einem anderen Bundesland nach Schleswig-Holstein gewechselt ist. „Vorreiterin“ zu sein, die Erste zu sein, ist jedenfalls kein Privileg.

Es bedeutet immer noch, nicht gegangene Wege begehbar zu machen.

Welchen beruflichen Wunsch würden Sie sich kurz- und langfristig gerne erfüllen?

Die anstehenden Diskussionen zum Stellenabbau im Bereich der Wasserschutzpolizei möchte ich so führen, dass wir die Zwänge der Landespolizei insgesamt verdeutlichen, um Motivationsverluste und „innere Kündigung“ einzudämmen. Das wird schwer genug. Für mich persönlich wünsche ich mir die eigenverantwortliche Leitung eines größeren Bereiches, – und langfristig würde ich mich natürlich auch freuen, wenn man mir, gern auch als erster Frau, eine Behörde anvertrauen würde.

Warum haben Sie sich für den Wechsel zur Wasserschutzpolizei entschieden?

Als ich Anfang letzten Jahres gefragt wurde, ob ich die Leitung der Wasserschutzpolizei übernehmen möchte, habe ich mich sehr gefreut

Dienstlicher Werdegang:

1. 10. 1982 bis 30. 9. 1984:

Eintritt in die Landespolizei NRW, Ausbildung für den mittleren PVD

1. 4. 1985 – 31. 8. 1988:

Polizeipräsidium Düsseldorf, Schutzbereich I, operativer Dienst

1. 9. 1988 – 12. 9. 1991:

Ausbildung für den gehobenen PVD

13. 9. 1991 – 31. 12. 1993:

Polizeipräsidium Köln und Düsseldorf, Dienstgruppenleiterin

1. 1. 1994 – 31. 8. 1997:

Polizeipräsidium Düsseldorf, PI Süd, Leiterin Einsatztrupp

1. 9. 1997 – 2. 7. 1999:

Ausbildung für den höheren PVD

3. 7. 1999 – 30. 6. 2002:

Polizeipräsidium Bochum, PI Mitte, Ltg. Führungsstelle

1. 7. 2002:

Versetzung zur Landespolizei Schleswig-Holstein

1. 7. 2002 – 31. 7. 2005:

PI Bad SE, Leiterin der Führungsgruppe

1. 8. 2005 – 30. 9. 2010:

PI/PD Lübeck, Leiterin 1. Polizeirevier

1. 10. 2010 – 31. 8. 2013:

LPA, Abteilung 1, Leitung Dez. 13, Verkehrspolizeiliche Angelegenheiten,

seit 1. 9. 2013:

LPA, Abt. 4 –Wasserschutzpolizei, Ltg. Dez. 41

über das vermeintlich entgegengebrachte Vertrauen und der Möglichkeit, endlich auch als Frau eine besondere Führungsposition wahrnehmen zu können.

Dies habe ich als große Wertschätzung empfunden. Umso größer war die Enttäuschung, als das nicht geklappt hat. Ich habe meine Schlüsse daraus gezogen.

Unabhängig davon hat mich die neue Aufgabe, von der ich, rein fachlich gesehen, eher rudimentäre Vorstellungen hatte, gereizt. Als Führungskraft im höheren Dienst ist man

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

daran gewöhnt, sich immer wieder in neue Arbeitsbereiche einzuarbeiten. Das ist eine Herausforderung, der ich mit großer Neugier und viel Engagement begegne.

Die Komplexität und spezielle Fachlichkeit habe ich anfangs unterschätzt. In der Zwischenzeit habe ich vieles gelernt und dabei große Hochachtung vor der Bedeutung und den Besonderheiten der Aufgabenerfüllung meiner Kollegen und Kolleginnen entwickelt.

Ich bin davon überzeugt, dass dies auch Kernaufgaben der Polizei sind, die für die innere Sicherheit in dem „Land zwischen den Meeren“ wichtig sind.

Haben Sie das Gefühl, wegen Ihres Geschlechts schon einmal beziehungsweise mehrmals dienstlich benachteiligt oder gar bevorzugt worden zu sein?

Um es auf den Punkt zu bringen: Ich bin der Ansicht, dass es Gleichberechtigung frühestens dann geben wird, wenn mindestens drei Generationen Schutzpolizeibeamtinnen auf dem Friedhof liegen ... Auch das mag hart klingen, entspricht aber meiner Wahrnehmung. Warum gibt es denn die Diskussion um „Frauenquoten für leitende Positionen“?

Männer beurteilen und fördern Frauen nach ihrem Weltbild, d. h., sie beurteilen Frauen in Führungspositionen nach ihren Vorstellungen von Führung. Dabei schauen sie auf Persönlichkeitseigenschaften, die sie als förderlich zur Wahrnehmung von Führungsaufgaben betrachten. Nur bei-

spielhaft sei erwähnt, dass Frauen schon ein ganz anderes Kommunikationsverhalten als Männer haben. Insofern erklärt sich, dass anderes Führungsverhalten oder auch Verhalten generell nicht immer honoriert wird. Nicht ohne Grund versuchen sich auch manche Frauen, dem männlichen Verhaltensideal anzupassen. An bewusste Benachteiligung oder Bevorzugung aufgrund des Geschlechtes glaube ich dabei eher nicht, das dürfte aus rechtlichen Gründen ja auch gar nicht sein.

Aber es liegt in der Natur der Sache, dass, solange Frauen nicht gleichberechtigt auf allen Ebenen vertreten sind, auch keine ausgewogene Beurteilung der Fähigkeiten von Frauen stattfindet. Objektivität im absoluten Sinne darf man da sicher nicht erwarten, aber vielleicht ein wenig mehr Toleranz, dass es mehr als einen Weg zum erfolgreichen Führen gibt.

Welche dienstliche Aufgabe haben Sie bisher als größte Herausforderung empfunden?

Die größte Herausforderung ist für mich der täglich neue Kampf, unsere polizeiliche Arbeit darzustellen und zu rechtfertigen. Die hervorragende Arbeit der Polizei, auch in Schleswig-Holstein, unter schwierigen Bedingungen wird viel zu selten angemessen honoriert. Das meine ich durchaus in der Vieldeutigkeit des Begriffes „honorieren“. Die Polizei bekommt viel Lob der Bevölkerung, aber auch aus der Politik für ihre Arbeit. Die existenzielle Bedeutung der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit wird immer wieder hervorgehoben. Die Konsequenz ist aber nicht, dass man uns mit unserem auch im Bundesver-

gleich schmalen und kostengünstigen Personalkörper arbeiten lässt, sondern immer mehr von uns fordert. Zurzeit dringen wir in Grenzbereiche vor, wo wir dicht an den polizeilichen Kernaufgaben „operieren“. Meine Befürchtung ist, dass wir Strukturen zerstören, die so einfach nicht wieder herzustellen sind.

Was bereitet Ihnen an Ihrem Beruf am meisten Freude?

Für mich ist es sehr wichtig, dass die geleistete Arbeit Sinn macht und nützlich ist. Gerade das zeichnet die eigentliche Polizeiarbeit aus.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen, die geprägt ist durch das Engagement der Beteiligten mit dem Ziel, gemeinsam für eine „gute Sache“ zu kämpfen und dieses Ziel dann auch noch zu erreichen, erfüllt mich mit Freude und Spaß an der Arbeit.

Was wären Sie wohl geworden, wenn Sie sich nicht für den Polizeiberuf entschieden hätten?

Seit meiner frühestens Kindheit fühle ich eine intensive Nähe zu Tieren.

Von daher hieß mein Berufswunsch lange Zeit „Tierärztin“.

Als jedoch die Abiturprüfung anstand, habe ich mich dann aus finanziellen Gründen, zumal ich zu diesem Zeitpunkt ein Pferd versorgen musste, entschlossen, kein Studium anzutreten. Ich habe aber die Möglichkeiten der „Berufung Polizei“ erkannt und kann nach über 30 Jahren Polizeidienst sagen, dass ich eine gute Berufswahl getroffen habe.

Meiner Tierliebe bin ich trotzdem treu geblieben. Ich bin ehrenamtlich im Bereich Tierschutz tätig.

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Lauenburg-Stormarn
Jahreshauptversammlung am
Mittwoch, 5. März 2014, 13.00 Uhr,
„Lauenburger Hof“, Sandesneben.
Der neue Landespolizeidirektor Ralf Höhs hat seine Teilnahme zugesagt.

Schleswig-Flensburg
Herzliche Einladung an alle GdP-Seniorinnen und Senioren zum **Klön-schnack** am **Donnerstag, 27. März 2014, 15.00 Uhr, Antik Café Siemers, Blasberg 2–8, 24943 Flensburg.** Anmeldungen bis zum 20. März 2014

bitte an Hermann Reissig, Tel. 04 61-4 19 37 oder E-Mail: ermannReissig@t-online.de

Schleswig-Holstein Mitte

Die am 13. Februar 2014 ausgefallene Informationsveranstaltung zum Thema „Wer entscheidet, wenn ich nicht mehr kann?“ wird verlegt auf **Mittwoch, 19. März 2014, 17.00 (!) Uhr, Sitzungssaal der Polizeidirektion SH Mitte, Alemannenstraße 14–18, 24539 Neumünster.**

Alle Seniorinnen und Senioren der Regionalgruppe sowie Interessierte sind hierzu herzlich eingeladen!

Schleswig-Holstein Mitte

– Seniorengruppe Neumünster –
Vierteljahrestreffen mit Kaffee und Kuchen der Seniorinnen und Senioren am Mittwoch, 12. März 2014, 14.30 Uhr, Restaurant & Café Frisenstufe (im Haus Hog'n Dor) Klaus-Groth-Straße 37, Neumünster. Anmeldungen bitte unbedingt bis 10. März 2014 bei Lisa Grützmann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



8 Tage Erlebnisreise
vom 06. bis 13. Sept. 2014

Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer
1.099,00 €



Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

Reiseverlauf:

- 06.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 07.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 08.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 10.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 11.09. Rundgang durch die Hafenstadt Klaipeda
- 12.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 13.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 14.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius
anschl. Rückflug nach Deutschland

Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa nach Tallinn
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco - Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG - Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co KG, Kiel

Kanada – Zwischen Pazifik und Rocky Mountains

15-tägige Rundreise vom 8. bis 22. Juni 2014

ab **2.659,-**

Entdecken Sie den äußerten Westen Kanadas.

Freuen Sie sich auf faszinierende Naturerlebnisse in der imposanten Bergwelt der Rocky Mountains, die unberührte Schönheit ihrer See und die wild-romantische Küste.

Im Kontrast dazu steht die weltoffene Metropole Vancouver.

Diese Reise wird bei Ihnen unvergessliche Eindrücke hinterlassen.

Abflug von	Frankfurt		
Zimmerbelegung mit	3 Personen	2 Personen	1 Person
Preis pro Person	2.659,- €	2.889,- €	3.889,- €

Zusatzleistungen

- Ausflugspaket (3. und 4 Tag) **79,- €**
- Maligne Lake Bootsfahrt (5. Tag) **56,- €**
- Walbeobachtungstour Tofino (10. Tag) **105,- €**
- Ausflug Nord-Vancouver (13. Tag) **113,- €**
- Air transet „Option plus“ **ab 80,- bis 152,- €**
- Aufpreis 5x Abendessen (Canmore, Tofino, Vancouver) **169,- €**

Hinweise: Deutsche Staatsbürger benötigen den bordeauxroten, maschinenlesbaren Reisepass, der noch mindestens sechs Monate über die Aufenthaltsdauer hinaus gültig sein muss. Bitte beachten Sie, dass für Angehörige anderer Staaten andere Einreise- und Visabedingungen gelten können. Es gelten die allgemeinen Reisebedingungen und Hinweise der aktuellen DERTOUR Rundreise Kataloge. **Veranstalter:** DER Touristik Frankfurt GmbH & Co. KG. **Mindestteilnehmerzahl:** Grundprogramm: Halbpension, Ausflugspaket, Bootsfahrt Maligne Lake und Nord-Vancouver jeweils 20 Personen. Die Mindestteilnehmerzahl für die Walbeobachtungstour beträgt 10 Personen (muss seitens des Veranstalters bis 28 Tage vor Reisebeginn erreicht werden). Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen, Irrtum und Zwischenverkauf bleiben vorbehalten. Fotorechte: DER Touristik Frankfurt GmbH & Co. KG

Leistungen, die überzeugen:

- Flug mit air transet von Frankfurt/M. nach Calgary und zurück von Vancouver
- Flughafensteuer, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 6/2013)
- ÖPNV-Coupon
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 13 Nächte in Hotels der Touristenklasse bzw. Mittelklasse in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- F = 13 x kanadisches Frühstück
- Rundreise lt. Reiseverlauf im klimatisierten Reisebus
- Besichtigungsprogramm inkl. Eintrittsgelder
- Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

7. Januar

Auf meinem Schreibtisch heute der Jahresbericht 2013 von der Werbe- und Einstellungsstelle der PD AFB Eutin. Horst Winter, Leiter der Dienststelle, hat haargenau alle Bewegungen dokumentiert. Er schreibt: „Am 1. August 2013 sind so 150 PM-Anwärter und -Anwärterinnen am Ausbildungsort Eutin (PD AFB SH) sowie 85 PK-/KK-Anwärter und -Anwärterinnen am Ausbildungsort Altenholz (FHVD Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung) eingestellt worden. Die Gesamteinstellung beträgt somit 235 Anwärter und Anwärterinnen. 2013 hatten wieder etwas mehr Bewerber/-innen (+ 227) als im Vorjahr ihr Interesse am Dienst in der Landespolizei bekundet. Erfreulich ist dabei, dass dieses Mehr an Bewerbungen ausschließlich durch Landeskinder hervorgerufen wurde. Ganz offenbar gelingt es nach wie vor – trotz sinkender Abgangszahlen in den Schulen –, die Blicke der abgehenden Schüler/-innen auf den ‚Arbeitgeber‘ Polizei zu lenken. Diese Entwicklung kommt allerdings nicht von ungefähr. Dank der umfangreichen und positiven Werbeauftritte, vieler engagierter Einstellungsberater/-innen und auch Überlegungen zu neuen Wegen in der Nachwuchswerbung gelang es zum fünften Mal in Folge, Bewerbungen ‚Aus SH für SH‘ zu steigern. Ungeachtet dessen bleibt beklagenswert, dass der Bewerberanteil in der Laufbahngruppe 1 mit höherwertigeren Bildungsabschlüssen (als der Realschulreife) sich weiter oberhalb der 50%-Marke festgesetzt hat und so auch die Einstellungen dominiert, wenngleich die Bildungsvoraussetzung ‚Mittlere Reife‘ bei der Zahl der Einstellungen wieder etwas Boden gutgemacht hat.

Dass wir überdies seit Jahren Bewerber/-innen mit erfolgreich abgeschlossenem Hochschulstudium in die Laufbahngruppe 2 einstellen, ist mittlerweile schon keine Besonderheit mehr. Aber im Jahrgang 2013 hatten wir diese Situation erstmalig auch in der Laufbahngruppe 1 (ehemals mittlerer Dienst).

Auch im Verfahren für 2013 haben sich Bewerber/-innen wieder in Hundertschaftsstärke unmittelbar vor oder sogar nach der mündlichen Prüfung aus dem Verfahren zurückgezogen

(davon 43x nach erfolgter Zusage). Wir sind eben nicht die Einzigen, die gute Leute suchen.“

10. Januar

Im Posteingang heute ein Schreiben von Creditreform. Das Inkassounternehmen arbeitet schon seit vielen Jahren mit uns zusammen und erhält Titel von GdP-Mitgliedern zur Vollstreckung von Schmerzensgeld. Das Schreiben heute basiert auf einem dienstlichen Einsatz im Dezember 2010, bei dem ein Kollege aus Ostholstein Leidtragender war. In einem Rettungswagen gab es eine renitente Person, die Besatzung des Notarztwagens rief die Polizei zur Unterstützung. Nachdem die Situation einigermaßen „glattgezogen“ wurde, trat der Bruder des Patienten ins Spiel, bepöbelte, beschimpfte die Beamten und wurde zuletzt auch noch körperlich aggressiv.

Über Rechtsschutz der GdP verlangte der Kollege schließlich ein Schmerzensgeld vom Täter. Nach mehreren erfolglosen Versuchen, das Schmerzensgeld zu vollstrecken, kam heute mit der Post die Ankündigung einer Überweisung mit dem Schmerzensgeld. Als ich gleich darauf den Kollegen anrufe, war seine Überraschung groß. Er hatte dieses Schmerzensgeld schon „als nicht vollstreckbar“ abgebucht.

21. Januar

14.00 Uhr, Staatskanzlei. Auf der Tagesordnung heute eine umfangreiche Erörterung des Nachwuchskraftkonzeptes der Landesregierung. Schon heute steht fest, dass bis zum Jahre 2023 rund 14 500 Beschäftigte in den Ruhestand treten. Allein bei der Polizei werden dies 2222 Beamtinnen und Beamte sein. Das fordert den „Dienstherrn“ geradezu heraus. Wir diskutieren über die einzelnen Schritte, die auch eine Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Dienstes beinhalten. So ganz nebenbei erfahren wir, dass 46 Nationalitäten im Landesdienst beschäftigt sind. Während in Hamburg 26% der dortigen Beschäftigten einen Migrationshintergrund besitzen, sind es in Schleswig-Holstein 12%.

22. Januar

Wolfgang Kubicki hatte die Landesregierung – wie in jedem Jahr – zu Widerstandshandlungen und Verlet-

zungen von Polizeibeamtinnen und -beamten befragt. Heute geht die Antwort für das Jahr 2013 ein. Im abgelaufenen Jahr hat es 1188 Gewaltdelikte gegen 2234 Beamtinnen und Beamte gegeben. Dabei überwogen die Widerstandshandlungen im engeren Sinn sowie Rohheitsdelikte. 902 Widerstandsstrafanzeigen sowie 222 Strafanzeigen wegen Körperverletzung bei der Dienstausübung wurden von den Betroffenen geschrieben. Insgesamt fielen 361 Arbeitstage wegen Dienstunfähigkeit nach Widerstand bzw. Gewalttaten aus. Damit war die Zahl zum Vorjahr um etwa 10% zurückgegangen, aber immer noch auf einem hohen Niveau. Statistisch bedeutet dies: Pro Tag drei Widerstände in Schleswig-Holstein.

23. Januar

Thomas Gründemann und ich besuchen heute Nachmittag die Regionalleitstelle Kiel. Arnim Wiens und später auch der Leiter der Regionalleitstelle Jürgen Green sprechen mit uns über ihre Sorgen und Probleme. Im Vordergrund steht dabei, dass sich immer weniger Kolleginnen und Kollegen für die Stellen der Regionalleitstellen bewerben. Aber auch technische Fragen wie die Anwendung des Digitalfunks in der Praxis sowie die Weiterentwicklung in der drahtlosen Kommunikation werden offen erörtert.

27. Januar

Burkhard Peters, Grünen-MdL und für die Polizei zuständig in seiner Fraktion, will mehr Beamte mit Migrationshintergrund in der Polizei sehen. Eine Verdoppelung der Zahl auf 300 ist bis zum Jahr 2017 machbar, so der Parlamentarier gegenüber einer Zeitung. Wir werden dazu befragt. Grundsätzlich halten wir die Idee, wie schon seit denn 80er-Jahren, für sinnvoll. Allerdings ist die Rechtslage gleich: Sie kennt keinen Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Bewerbern oder zwischen Frauen und Männern. Alle Bewerber müssen sich denselben Kriterien unterwerfen. Entscheidend für die Eignung zum Polizeiberuf sind daher Intelligenz, Charakter und Fitness, aber auch Sicherheit in der deutschen Sprache. Schließlich müssen Beamte Berichte verfassen, die bei Staatsanwaltschaften und Gerichten verwertbar sind.

